

KURZMELDUNGEN

Maurer erwartet von der EU mehr

BERN | Finanzminister Ueli Maurer ist mit dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU im Zusammenhang mit der Kohäsionsmilliarde nicht zufrieden. Er kritisiert vor allem die mangelnden Fortschritte im Bereich der Finanzmärkte. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte bei seinem Besuch in der Schweiz Ende November versprochen, dass sich die Kommission Anfang Dezember mit der Gleichwertigkeits-Anerkennung der Börsen-Regulierung befassen werde. Maurer genügt das nicht. «Das ist das, was wir bereits hatten», sagte der Finanzminister am Dienstag in der Sendung «Rendez-vous» von Schweizer Radio SRF. Die Schweizer Banken hätten den Marktzutritt nötig gehabt. Doch der sei ihnen nicht zugesichert worden. «Etwas mehr hätten wir von der EU-Kommission schon erwartet», sagte Maurer. Nun müsse sein Departement ersuchen, mit den wichtigen Nachbarländern «in kleinen Schritten einen besseren Marktzugang» zu erhalten als bis jetzt. | sda

Mit 41 Staaten

BERN | Der Ständerat befürwortet die Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) über Finanzkonten mit 41 weiteren Staaten – darunter Russland, China und Saudi-Arabien. In der Diskussion wurden aber auch Befürchtungen geäußert.

Die Kommission befürwortet den Schritt, habe aber gewisse Bedenken, sagte Sprecher Martin Schmid (FDP/GL) gestern Dienstag. Nicht alle Vertragsstaaten seien hinsichtlich institutioneller Stabilität und Rechtsstaatlichkeit über alle Zweifel erhaben. | sda

Kein Kostendach

BERN | Die Schweiz soll sich am verstärkten Schutz der EU-Aussengrenzen beteiligen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat zugestimmt. Anders als der Nationalrat will er die Kostenbeteiligung der Schweiz nicht begrenzen.

Zur Debatte stand die Übernahme und Umsetzung der EU-Verordnung über die neue europäische Grenz- und Küstenwache im Rahmen von Schengen. Der Ständerat stimmte dieser am Dienstag mit 38 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu. | sda

Neue Milch-Subventionen

BERN | Das Parlament ist einverstanden mit der Abschaffung der Ausfuhrbeiträge nach dem sogenannten Schoggi-gesetz. Als Ersatz führt es neue Subventionen für Milch und Getreide ein. Der vom Bundesrat vorgeschlagene Betrag genügt den Räten aber nicht. Nach dem Ständerat hat am Dienstag auch der Nationalrat beschlossen, das Agrarbudget für die Jahre 2019–2021 um 284 Millionen Franken aufzustocken. Damit stehen knapp 95 Millionen Franken pro Jahr zur Verfügung. Das ist etwa gleich viel wie heute für die Ausfuhrbeiträge nach Schoggi-gesetz. | sda

Bern | Ständerat gegen AHV-Zustupf in Höhe von 442 Millionen

Vorteil beim Ständerat

Das Parlament streitet weiter um die Verwendung der Gelder nach dem Nein zur Rentenreform. Von einem Zustupf für die AHV von 442 Millionen Franken im kommenden Jahr will der Ständerat nichts wissen. Er hat diesen Vorschlag des Nationalrates abgelehnt.

Die kleine Kammer setzt im Rahmen der Diskussionen ums Bundesbudget 2018 weiter auf das Konzept des Bundesrates. Dieses sieht vor, die nach dem Nein zur AHV-Reform frei gewordenen Gelder zu zwei Dritteln in die Bahninfrastruktur zu stecken. Der Rest – 147 Millionen Franken – soll für den Schuldenabbau verwendet werden.

Nur die FDP wollte den gesamten Betrag in den Schuldenabbau stecken. Sie unterlag in der kleinen Kammer aber mit 31 zu 13 Stimmen.

Maurer spricht von «Scheinlösung»

Im Nationalrat hatte sich am vergangenen Donnerstag eine «unheilige» Allianz durchgesetzt. Mit 130 zu 63 Stimmen bei einer Enthaltung stimmten SVP und SP einem von ihren beiden Fraktionschefs gemeinsam erarbeiteten Vorschlag zu. Demnach soll der Betrag vollumfänglich in die AHV fließen. Die Zahlung von 442 Millionen Franken

soll mehrmals geleistet werden, aber befristet sein auf «ein paar Jahre». Finanzminister Ueli Maurer sprach damals von einer «Scheinlösung». Er erwähnte, dass es für die Einlage in die AHV keine rechtliche Grundlage gebe. Es müsse ein Gesetz geschaffen werden, damit die Zahlungen ausgelöst werden könnten. Der Ständerat sitzt bei diesem Budgetposten am längeren Hebel. Einigen sich die beiden Räte bis zum Ende der Session nicht, obsiegt der Vorschlag der kleinen Kammer, weil dieser tiefere Ausgaben vorsieht.

Streitpunkt ETH

Auch bei der Bildung und Forschung gibt es noch immer grosse Differenzen zwischen den Räten. Der Ständerat hielt in der zweiten von drei Budgetrunden an seinem Bestreben fest, die ETH mit zusätzlichen 52,9 Millionen Franken zu unterstützen. Dies hatte der Nationalrat deutlich abgelehnt. Bundesrat Maurer argumentierte im Ständerat erfolglos, dass ein «Zwischenstopp oder eine Verlangsamung der Ausgaben» genutzt werden könnte, um Abläufe zu prüfen, «wie das in jedem grösseren Unternehmen der Fall ist». Weniger Geld ausgeben als der Nationalrat will die kleine Kammer dagegen bei der Berufsbildung. Der Ständerat lehnte eine Aufstockung der Pauschalbeiträge um 25,6 Millionen Franken ab.

Zwanzig Differenzen im Voranschlag 2018

Während der Nationalrat im Voranschlag 2018 ein Defizit von 122 Millionen Franken vorsieht, budgetiert der Ständerat derzeit ein Minus von rund 39 Millionen Franken. Der Spielraum zur Einhaltung der Schuldenbremse beträgt im Nationalrat 21 Millionen Franken, im Ständerat 104 Millionen Franken.

Die Räte müssen aber noch in verschiedenen weiteren Punkten über die Bücher. Es verbleiben insgesamt über zwanzig Differenzen. Die Diskussionen gehen am Donnerstag im Nationalrat

weiter. Während dieser etwa beim Beitrag für die Stadt Bern (–0,3 Mio. Franken), bei Swisstopo (–2,8 Mio. Franken), der Steuerverwaltung (–3,1 Mio. Franken), der Finanzkontrolle (–0,8 Mio. Franken) und bei ausländischen Stipendien (–0,2 Mio. Franken) sparen möchte, sieht der Ständerat Aufstockungen bei der Spielbankkommission (+0,3 Mio. Franken), bei Familienorganisationen (+0,4 Mio. Franken) und bei der Kinder- und Jugendförderung (+0,7 Mio. Franken) vor.

Bern | Wenig Unterstützung für die Initiative «für Ernährungssouveränität»

Nicht mehr als viel Sympathie

Im Nationalrat dürfte es die Initiative «für Ernährungssouveränität» schwer haben. Sie verlangt etwa zusätzliche Zölle auf Importprodukte sowie ein Gentechnologie-Verbot. Praktisch alle Fraktionen sprechen sich dagegen aus – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen.

Die grosse Kammer nahm am Dienstag die Beratungen zur Volksinitiative auf. Diese fordert, dass die einheimische bäuerliche Landwirtschaft gefördert und auf eine Versorgung mit überwiegend hiesigen Lebens- und Futtermitteln geachtet wird. Ausserdem sollen gerechte Preise festgelegt, Importe von nicht nachhaltig produzierten Lebensmitteln mit zusätzlichen Zöllen belegt und gentechnisch veränderte Organismen verboten werden. Die Initiative wurde von der Bauerngewerkschaft Uniterre lanciert und wird von über siebzig Organisationen unterstützt.

Gut gemeint, aber nicht zielführend

Verständnis und Sympathie für das Anliegen zeigten zwar fast alle Fraktionen. Diese Initiative sei ein Zeichen aus der Not, sagte etwa Erich von Siebenthal (SVP/BE). Die Preise für Landwirtschaftsprodukte seien in den vergangenen Jah-

ren gesunken, der Druck auf die Betriebe nehme zu. Für zielführend halten das Volksbegehren jedoch nur die Grünen. Aus Sicht der anderen Fraktionen sind für viele der Forderungen entweder bereits gesetzliche Grundlagen vorhanden, in anderen Punkten geht ihnen die Initiative zu weit. Dazu gehören etwa die geplante staatliche Preis- und Mengensteuerung und die vorgeschlagenen Importbeschränkungen. SP-Sprecherin Prisca Birrer-Heimo (LU) kritisierte etwa, einen höheren Grenzschutz müssten Konsumenten über höhere Lebensmittelpreise bezahlen. Dies treffe Menschen mit kleinem Einkommen, und die Bauern würden dafür auch wenig profitieren.

«Verballenbergisierung»

Kritisch zeigten sich auch die Bürgerlichen. FDP-Präsidentin Petra Gössi (SZ) bezeichnete die Initiative als rückwärtsgerichtet. Sie gehe in Richtung Protektionismus und Planwirtschaft und widerspreche dem liberalen Wirtschaftssystem der Schweiz. Sie wolle die Landwirtschaft «verballenbergisieren», fasste Gössi zusammen. Jürg Grossen (GLP/BE) sprach von einer «Volksinitiative für Abschottung». Die Fraktionssprecher und zahlreiche andere Ratsmitglieder folgten in ihren Voten deshalb der nationalrätlichen Wirtschaftskommission (WAK) und dem Bundesrat und sprachen



Budgetdebatte. Werner Luginbühl, Ständerat BDP/BE (links), diskutiert mit Beat Rieder, Ständerat CVP, während der Debatte in der kleinen Kammer. FOTO KEYSTONE

Direktzahlungen werden nicht gekürzt

Stark entschärft wurden die Diskussionen um die Landwirtschaftsgelder. Der Nationalrat will die Bauern von Sparmassnahmen verschonen und stockte vergangene Woche verschiedene Budgetposten auf, darunter 84 Millionen Franken bei den Direktzahlungen.

Der Ständerat stemmte sich in der Differenzbereinigung nicht mehr dagegen und sprach sich mit 25 zu 17 Stimmen ebenfalls für die Aufstockung bei den Direktzahlungen

aus. Einige bauernnahe Ständeräte plädierten erfolgreich für eine Fortführung der bisherigen Leistungen. «Man kann der Landwirtschaft nicht vorwerfen, dass sie ein Kostentreiber sei», sagte etwa Peter Hegglin (CVP/ZG). Bei kleineren Agrarposten blieb der Ständerat aber (noch) auf seiner Linie. Die kleine Kammer will noch insgesamt 11,6 Millionen Franken weniger ausgeben als der Nationalrat.

Keine Schnellschüsse im Asylwesen

Die Mehrausgaben im Agrarbereich sollen laut einer Mehrheit im Nationalrat mit Kürzungen im Sozialwesen teilweise kompensiert werden. Für die Sozialhilfe von Flüchtlingen budgetiert er 41 Millionen Franken weniger als der Bundesrat. Begründet wird dies mit den sinkenden Asylzahlen.

Der Ständerat ist dagegen der Meinung, dass «während des Spiels die Regeln nicht geändert werden sollen», wie Kom-

missionspräsidentin Anita Fetz (SP/BS) sagte. Stillschweigend wurde die Kürzung beim Staatssekretariat für Migration (SEM) abgelehnt.

Zwischenlösung für Pensionskasse

Eine Lösung gibt es derzeit bei der Pensionskasse des Bundes PUBLICA. Diese senkt den technischen Zinssatz, mit dem die zu erwartende Rendite auf den Vorsorgekapitalien berechnet wird. Zur Abfederung wollte der Bundesrat der PUBLICA im nächsten Jahr einen zusätzlichen Arbeitgeberbeitrag von 64 Millionen Franken überweisen.

Das Parlament ist dagegen. Eine SVP/FDP/GLP-Mehrheit im Nationalrat argumentierte, dass es in der Privatwirtschaft unüblich sei, dass der Arbeitgeber eine Senkung der Renditeerwartung kompensiere. Stattdessen sollen 32 Millionen Franken für Lohnanpassungen fließen. Der Ständerat folgte nun diesem Vorschlag stillschweigend. | sda



Ernährungssicherheit. Markus Ritter, Nationalrat CVP/SG, greift Bundesrat Johann Schneider-Ammann frontal an. FOTO KEYSTONE

– mit Ausnahme der Grünen – explizit gegen die Initiative aus. Auch einen direkten Gegenvorschlag einer links-grünen Kommissionsminderheit, der auf die stark restriktiven Elemente verzichtet und Massnahmen zur Stärkung einer lokalen Produktion ins Zentrum stellt, lehnte die Mehrheit der Redner mit Ausnahme von SP- und Grünen-Vertretern ab. Aus ihrer Sicht reichen die heutigen Grundlagen.

Kritik an Bundesratsplänen

Zahlreiche Nationalratsmitglieder nahmen die Debatte über die Initiative für Ernährungssouveränität zum Anlass, den Bericht des Bundesrats zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab 2022 zu kritisieren. Der Bundesrat hatte die Gesamtschau am 1. November verabschiedet. Während die Initianten den Grenzschutz erhöhen wollen, will der Bundesrat den Markt künftig stärker öffnen.

Affront

CVP-Sprecher und Bauernverbands-Präsident Markus Ritter (SG) sprach von einem «Skandal» und einem «Affront» gegenüber allen Bauernfamilien, die täglich hart arbeiten und mit wenig Geld auskämen. «Herr Bundesrat, es gibt keinen Grund für einen Kahlschlag. Gehen Sie hier nochmals über die Bücher», sagte er an die Adresse von Landwirtschafts-

minister Johann Schneider-Ammann. «Man kann den Volkswillen nicht so mit Füßen treten», doppelte Bauernverbands-Direktor Jacques Bourgeois (FDP/FR) nach. Die Bauern seien nicht grundsätzlich gegen Freihandelsabkommen. «Aber wir verlangen, dass die Schweizer Landwirtschaft mitberücksichtigt wird.» Das Abkommen mit China zeige, dass die Schweiz Freihandelsabkommen abschliessen könne, ohne die Landwirtschaft zu opfern. | sda